



Albert Rupprecht
Vorsitzender der Arbeitsgruppe
Bildung und Forschung

Albert Rupprecht, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

An den Bayerischer Staatsminister
für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und
Technologie
Herrn Martin Zeil
Prinzregentenstraße 28
80538 München

Berlin, 05.08.13

Bezug:

Anlagen:

Albert Rupprecht, MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Jakob Kaiser Haus

Raum: 3.285

Telefon: +49 30 227-72366

Fax: +49 30 227-76366

albert.rupprecht@bundestag.de

Wahlkreisbüro Weiden:

Erhardstraße 1

92637 Weiden

Telefon: +49 961 3896541

Fax: +49 961 3896545

albert.rupprecht@wk.bundestag.de

Sehr geehrter Minister Zeil,

nachdem ich Sie während der gemeinsamen Bundestagszeit und gemeinsamen Zeit im Wirtschaftsausschuss des Deutschen Bundestages als einen sachlichen und redlichen Kollegen kennengelernt habe, bin ich über ihre Aussage im Neuen Tag, wonach sich die CSU und der Abgeordnete Rupprecht beim Erfolg der Regionalförderung mit fremden Federn schmücken würden, schon mehr als verwundert.

Die Wahrheit ist, dass es **ohne die CSU, die CSU Landesgruppe und an vorderster Front dem Abgeordneten Albert Rupprecht weder in der Förderperiode 2006 bis 2013 eine GRW-Förderung (vormals GA-Förderung) für die ostbayerischen Grenzregionen geben würde noch, in der nächsten Förderperiode von 2014 bis 2020 eine Förderung geben würde:**

1. Es waren die CSU und an vorderster Front der Abgeordnete Albert Rupprecht, der als Vertreter der nördlichen Oberpfalz, deren Interessen offensiv vertreten hat, die während der großen Föderalismuskommission dafür gesorgt haben, dass die **gemeinsame Bund-Länder Aufgabe GA Regionale Wirtschaftsförderung nicht geopfert wurde, sondern fortbestand.** Die FDP hatte damals die Position vertreten diese Wirtschaftsförderung sei eine überflüssige Subvention statt sich für ländliche Räume einzusetzen.
2. Es waren die CSU und an vorderster Front der Abgeordnete Albert Rupprecht, die **2005 verhindert haben dass die Regionalförderung für Ostbayern gestrichen wird.** Ganz im Gegenteil: wir haben erreicht, nachdem wir 2005 an die Regierung gekommen sind, dass – anders als von Rot-Grün vorher geplant war – der gesamte ostbayerische Grenzraum (Grenzgürtelprogramm) wieder in den Genuss der Förderung kommt.



Zu diesem Zweck war ich damals auch in vielfältigem Kontakt mit dem bayerischen Wirtschaftsministerium unter dem damaligen Minister Erwin Huber. Unter anderem war ich es, der damals das **Weidener Modell ins Gespräch gebracht hatte**, wonach durch die Herausnahme von Wohngebieten die Fläche der Wirtschaftsförderung wesentlich erweitert werden konnte.

Der Abgeordnete Rupprecht hatte damals insbesondere mit dem Kollegen Hofbauer aus Cham nach jahrelanger Vorbereitung mit der CSU diesen Erfolg durchsetzen können.

Meine Aktivitäten sind sowohl in einer Vielzahl von Schreiben aber auch Sitzungsprotokollen im Deutschen Bundestag belegt.

Sehr geehrter Herr Zeil, auch in den Protokollen des Wirtschaftsausschusses, dem auch sie damals mit angehört haben, und den zugehörigen Unterausschüssen des Deutschen Bundestages sind meine Tätigkeiten dokumentiert. Der Abgeordnete Martin Zeil aus dem Münchner Umland hat sich damals aber nicht für die bayerischen Grenzregionen interessiert.

Nein es war die CSU und vorderster Front der Abgeordnete Albert Rupprecht die damals den Erfolg bewirkt haben. Nur durch diesen Erfolg der CSU kann der bayerische Wirtschaftsminister Martin Zeil nun Förderbescheide verteilen. Zeil erntet also was die CSU gesät hat. Ich würde ihm dennoch nie unterstellen, dass er sich mit fremden Federn schmückt

3. Auch bei der **Neuausrichtung der Förderperiode 2013 bis 2020 sind es an aller erster Stelle die CSU, die CSU Landesgruppe und auch hier wiederum der Abgeordnete Albert Rupprecht**, der mit den Kollegen Ernst Hinsken und Stephan Mayer, Mitglieder im Unterausschuss Regionale Wirtschaftspolitik, seit beinahe vier Jahren darum ringen, dass Ostbayern auch in der neuen Förderperiode GRW- (vormals GA-)Förderung erhält. Von der Vielzahl von Tätigkeiten, Gesprächen, Briefen, Beschlüssen möchte ich nur wenige hier anfügen (die Liste ließe sich aber über viele Seiten erweitern):
 - a. Es waren die CSU Landesgruppe und an vorderster Front der Abgeordnete Albert Rupprecht, die **bei mehreren Gesprächen die Bundeskanzlerin Angela Merkel überzeugt haben, dass sie beim Europäischen Rat die Ziffer 57 verhandelt hat, in der formuliert wurde, dass die ostbayerische Grenzregion eine besondere Unterstützung**



- bekommen soll. Das wurde nicht von der FDP und auch nicht vom bayerischen Wirtschaftsminister Zeil bewirkt.
- b. Es waren die CSU Landesgruppe und an vorderster Front der Abgeordnete Albert Rupprecht, die bewirkt haben, dass der **Deutsche Bundestag einen Antrag beschlossen hat, wonach die ostbayerische Grenzregion eine Sonderförderung erhalten** muss.
 - c. Es waren die Abgeordneten der CSU Ernst Hinsken, Stephan Mayer und Albert Rupprecht, die im fachlich zuständigen Ausschuss des Deutschen Bundestags das **Anliegen Förderung der ostbayerischen Grenzregion ständig thematisiert haben**, mit den Vertretern der Ministerien besprochen und mit dem Ministerpräsidenten Horst Seehofer, der Landesgruppenvorsitzenden Gerda Hasselfeldt und der Europaministerin Emilia Müller die nächsten Schritte besprochen haben. Im Zusammenhang mit diesen Sitzungen wurde auch der **„Plan B“ vorbereitet, der greifen sollte falls die Europäische Kommission den Sondergebietsplattfonds ablehnen sollte und ein Tausch von Förderfläche mit anderen Bundesländern notwendig wird**.
 - d. Es waren die CSU Landesgruppe und an vorderster Front der Abgeordnete Albert Rupprecht, die **jährlich bei den Haushaltsaufstellungen dafür gesorgt haben, dass der Titel der GA Förderung mit Geld ausgestattet wird**, damit die beantragen Bauvorhaben der ostbayerischen Unternehmen auch anständig gefördert werden konnten. Denn: was hilft die beste Förderkulisse, wenn kein Geld da ist konkrete Baumaßnahmen zu finanzieren.
 - e. Es waren die CSU Landesgruppe und an vorderster Front der Abgeordnete Albert Rupprecht, die dafür gesorgt haben, dass der **zuständige Europäische Kommissar Almunia in den Wirtschaftsausschuss des Deutschen Bundestages geladen wurde**. Es ist auch im Protokoll nachzulesen, wie intensiv die CSU Abgeordneten Mayer, Hinsken und Rupprecht über zwei Stunden den Kommissar für eine Sonderförderung für die ostbayerischen Grenzregionen überzeugt haben. Von Seiten der FDP gab es eine Wortmeldung, von Seiten der bayerischen SPD-Vertreter gab es keine Wortmeldung, Vertreter der bayerischen Grünen waren nicht einmal anwesend. Soviel zu dem, wer



in Berlin bayerische und insbesondere ostbayerische Interessen vertritt.

Bei all diesen Sitzungen habe ich Sie, sehr geehrter Herr Zeil, kein einziges Mal erlebt. Auch die Vertreter Ihres Hauses, die die Möglichkeit haben an den Sitzungen teilzunehmen, sind hierbei nicht in Erscheinung getreten.

- f. In einem haben sie Recht: Da die GRW- (vormals GA-) Förderung abschließend vom Bund Länderausschuss der regionalen Wirtschaftsförderung beschlossen wird – also von den Ländern und dem Bund gemeinsam – geht das nur indem die Vertreter des Bundes und der Länder dies abschließend festzurren. Und das sind die Wirtschaftsminister der Länder und des Bundes. Bei dieser Sitzung sind die Volksvertreter aus den Parlamenten auch nicht zugeladen. Aber eines ist auch klar: bevor die Exekutive - sprich die Minister – Beschlüsse fassen, braucht es die Beschlüsse, die Vorarbeit, das jahrelange Ringen um die Lösung in den Parlamenten, in denen die Vertreter des Volkes, ihre Aufgabe tun.

Sehr geehrter Herr Zeil, und um es nochmals zusammenzufassen: ohne die jahrelange Arbeit der Volksvertreter in den Parlamenten, **ohne die jahrelange Arbeit der CSU, ohne die jahrelange Arbeit der CSU-Landesgruppe in Berlin, ohne die jahrelange Arbeit auch des Abgeordneten Albert Rupprecht im Deutschen Bundestag, gäbe es weder in der Förderperiode 2006 bis 2013 eine GRW-Förderung (vormals GA-Förderung) für die ostbayerischen Grenzregionen, noch würde es in der nächsten Förderperiode von 2014 bis 2020 eine Förderung geben.**

Ihre Aussage, die CSU würde sich da mit fremden Federn schmücken, zeugt von Ahnungslosigkeit davon, wer in den vergangenen Jahren welche Arbeit für Ostbayern im Deutschen Bundestag in Berlin gemacht hat.

Zur Kenntnis lege ich Ihnen eine kleine Auswahl von Schreiben bei, die ich in den letzten Wochen und Monaten zum Sachverhalt GRW versendet habe, z.B. an die Bundeskanzlerin Angela Merkel oder an EU-Kommissionspräsident Manuel Barroso.

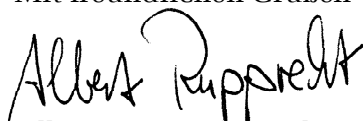
Nachdem ich die von Ihnen (oder Ihren Presseleuten) behaupteten Aussagen nun widerlegt habe (wenn Sie noch weitere Beweise brauchen, kann ich die Liste der Aktivitäten



gern umfanglich erweitern) bitte ich Sie uns in den nächsten Wochen in unseren Anliegen zu unterstützen. Hierzu hatte ich Ihnen ja unter anderem am 31.07.2013 ein Schreiben geschickt. Das Anliegen ist, dass die Fachleute Ihres Hauses prüfen, ob das Beihilferegime es hergibt, dass wir auch in der anstehenden Förderperiode wieder das damals von mir vorgeschlagene Weidener Modell leben – d.h. dass der Bevölkerungslafonds in Wohngebieten verwandt wird, um zusätzliche Flächen mit Gewerbe zu fördern, damit möglichst viele Kommunen in der nördlichen Oberpfalz in den Genuss der C-Förderung kommen.

Für eine zeitnahe Antwort wäre ich Ihnen sehr dankbar!

Mit freundlichen Grüßen


Albert Rupprecht, MdB